

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

27.6.1927 (No. 146)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. Mend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversen führt der Karlsruher Staat. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentrale Adressregister für Baden, Badischer Zentralsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Postfachblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 16. bis 22. Juni 1927.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung)
Die günstigere Entwicklung der Arbeitsmarktlage hält an. Gegenüber rund 12 Arbeitsuchenden, die am 15. Juni im Durchschnitt auf je eine, bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Landes gemeldete offene Stelle entfielen, belief sich diese Ziffer am 22. Juni nur noch auf rund 10,5. Die Erwerbslosenunterstützungsempfängerziffer sank weiterhin — diesmal von 22 124 auf 21 028 und zwar bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Kräftefürsorgeempfänger von 9433 auf 9400.

Der Kräftebedarf der Landwirtschaft, des weiteren derjenige der Kleinindustrie und Granitsteinhauerei blieb bestehen.

Wenn sodann in der Metallverarbeitungs- u. Maschinenindustrie in der Berichtzeit auch von seiten einiger Fabriken zu Arbeitsbeschränkungen geschritten wurde, so hielt doch die Inanspruchnahme der Arbeitsvermittlung von seiten des allgemeinen Maschinenbaues, der Gießerei, der Nähmaschinen- und Herdfabrikationen, der Aluminiumindustrie und der Elektroindustrie im allgemeinen weiterhin an. Die Nachfrage nach Drehern, Fräsern, Bohrern und Hoblern mittleren Alters aus der Mannheimer Industrie dauerte in gesteigertem Maße fort. Innerhalb der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie, für die für die letzten 4 Wochen immerhin eine Verringerung des Kräfteangebots um etwa 500 Arbeitsuchende festzustellen ist, bezog sich die Nachfrage nach Kräften vornehmlich auf Spezialarbeiter der Juwelen- und der Goldbranche.

Im Spinnstoffgewerbe (vornehmlich Baumwoll-, Seidenstoff- und Tuchfabrikation sowie Hanfseilfabrikation) hält die günstige Arbeitsmarktentwicklung unvermindert an.

In der Nahrungsmittelindustrie erwies sich vor allem die Konervenfabrikation aufnahmefähig. Im Genussmittelgewerbe bestanden die in der Zigarrenindustrie beobachteten Schwankungen fort, Entlassungen von seiten der einen Betriebe stehen Einstellungen in anderen gegenüber. Im Bruchsaler Arbeitsnachweisbezirk verstärkte sich die Nachfrage nach Verkleberinnen für Zigarrenlisten. Die Kurzarbeiterziffer des Tabakgewerbes hat sich in der Zeit vom 15. bis 22. Juni im Endergebnis kaum verändert, sie belief sich zuletzt auf 3574. Innerhalb der Zigarettenindustrie blieb der Geschäftsgang anhaltend gut.

Im Bekleidungsgerber machte sich die Beendigung der Saison erheblich fühlbar.

Von seiten des Baugewerbes mußte zur Deckung des Bedarfs vor allem an Bruchsteinmauernern und Gipsern die zwischenörtliche Vermittlung in Anspruch genommen werden.

Im Hotel- und Gastwirtsgerber war örtlich vermehrte Inanspruchnahme des Arbeitsmarktes zu beobachten, anderwärts verringerte sie sich nach Deckung des Kräftebedarfs, ohne daß indes der allgemeine Mangel an Küchenpersonal nachgelassen hätte.

Die Zolltarifnovelle beim Reichsrat

Die Zolltarifnovelle ist soeben dem Reichsrat zugegangen und wird bereits in der nächsten Woche vom Reichsrat erledigt werden. Sie soll, wie Reichsernährungsminister Schiele bereits auf der Tagung des Landwirtschaftsrates mitteilte, den Kartoffelzoll um 100 Proz. und den Zuderzoll von 10 auf 14 M bei gleichzeitiger Senkung der Zudersteuer erhöhen. Die geltenden ermäßigten Zwischenzölle für eine Reihe von Warengruppen und die Zollfreiheit für Gefrierfleisch soll bestehen bleiben. Der Reichsfinanzminister hat, wie das „V.D.Z. Büro“ hört, erklärt, daß er beabsichtige, die Zudersteuer ganz erheblich zu senken.

Poincaré über den Friedenspakt mit den Vereinigten Staaten

Auf einem in Paris von dem amerikanischen Klub gegebenen Bankett hielt Ministerpräsident Poincaré eine Ansprache, in der er auf die Bestrebungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten einen dauernden Frieden abzuschließen, einging. Poincaré erklärte: Wir würden uns alle freuen, wenn ein solcher Pakt zwischen uns abgeschlossen würde, aber er besteht schon, ehe er zu Papier gebracht ist. Von dem Unabhängigkeitskrieg bis zur Zeit nach dem großen europäischen Kriege haben wir 1 1/2 Jahrhunderte lang gemeinsame Erinnerung geschaffen, die nicht auslöschen kann.

Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes

II.

Die Ergebnisse der Gewerbebegehungen

28. Sie sind u. a. in umfangreichen, nach Betriebsgruppen geordneten Zahlenübersichten enthalten, in denen zum erstenmal auch die Handelsbetriebe aufgenommen wurden. Daneben sind die Zahlen der Gewerbebegehungen mitgeteilt. Die Zahlenübersichten haben in Übereinstimmung mit den übrigen Ländern eine vollständige Neuordnung erfahren. Die Ergebnisse der Begehungen sind verschiedentlich im Jahresbericht ausgewertet. So ist z. B. in Verbindung mit der Überstundenfrage eine Erörterung angestellt, die sich auf die Gewerbebegehungen von 1925 stützt und deren Zahlenangaben recht lehrreich für die von uns schon angeordnete Industrialisierung Badens sind. Nach der Gewerbebegehung im Jahre 1925 waren nach dem Bericht in Baden 127 maschinen-technische Betriebe im engeren Sinne mit mehr als 20 Arbeitern vorhanden, in denen 28 125 Arbeiter beschäftigt wurden. (Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern: 45 mit insgesamt 24 296 Arbeitern.) Die Maschinenindustrie im weiteren Sinne umfaßte 229 Betriebe mit 46 917 Arbeitern, wovon 80 Betriebe über 100 Arbeiter beschäftigten. Die Gewerbebegehung stellte 192 Zeltbetriebe mit mehr als 20 und mit zusammen 38 310 Arbeitern fest. (Betriebe über 100 Arbeiter: 98 mit 33 714 Arbeitern.) Die Tabakindustrie zählte 535 Betriebe mit mehr als 20 und insgesamt 38 451 Arbeitern. (Betriebe mit 100 und mehr Arbeitern: 85 mit zusammen 14 267 Arbeitern.) Die Lederindustrie zählte 17 Betriebe mit mehr als 20 und rund 4770 Arbeitern. In der Uhrenindustrie ergab die Gewerbebegehung 65 Betriebe mit mehr als 20 und insgesamt 7406 Arbeitern. Insgesamt wurden in den 126 288 selbständigen Gewerbebetrieben Badens 432 429 Arbeiter gezählt. Außerdem entfällt der Jahresbericht eine eingehende Übersicht über die Hausarbeit Badens.

Die Betriebsräte

Ein in Unternehmer- und Arbeiterkreisen viel besprochenes Kapitel! Der Bericht stellt als Tatsache fest, daß in ganz kleinen Betrieben allgemein der Betriebsobmann fehlt und sehr oft auch in mittleren Betrieben bis zu 100 Arbeitern ein Betriebsrat. Die Arbeiter hätten auf Veranlassung der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes geantwortet: „Es will sich niemand mehr zum Betriebsrat hergeben!“. Dagegen steht es, so sagt der Bericht bezüglich der Betriebsräte, in den größeren Betrieben wesentlich günstiger aus. Zudem wären in den Aufgabekreis der Betriebsräte im Berichtsjahr 1926 neben der Regelung von Beschwerden die Mitwirkung bei Verhandlungen von Entlassungen und Entlassungen getreten. Die Betriebsräte hätten in diesen kritischen Zeiten nicht versagt, obwohl sie bei Entlassungen selbst in schwieriger Lage geraten wären.

Wiel schwerer als bei den Arbeitern, bemerkt der Bericht dann weiter, setzt sich bei den Angehörigen der Gewerbebetriebe die Angelegenheit durch. Auch dort, wo früher einmal ein Angestellterrat bestand, fände sich jetzt vielfach keiner mehr. Es führte sogar deswegen in einem Falle zu erheblichen Schwierigkeiten mit Gewerkschaft und Bezirksamt.

Bekämpfung von Unfallgefahren und Betriebsunfällen

Wie im letzten Jahre, so wurde auch in diesem Jahresbericht eine eingehende Übersicht über die in Baden gemeldeten gewerblichen Unfälle aufgestellt. Dieses Material ist nicht nur von allgemeinem Werte, sondern auch von besonderem, da es reichlich zur Verbesserung und Belehrung Möglichkeiten und Anregungen gibt. Der Bericht sagt: „Bei der Bekämpfung von Unfallgefahren waren die Betriebsräte wie in den Vorjahren tätig. Wenn wir von unserem Standpunkte ein noch immer weitergehendes Interesse wünschen, so müssen wir doch ihren bisherigen Eifer anerkennen. Erfreulicherweise trafen wir zwei größere Baustellen an, auf denen die Bauleitungen von der Bauleitung die Berechtigung und Anweisung erhalten hatten alle von uns geforderten Maßnahmen in Sachen des Unfallsschutzes sofort selbstständig ausführen zu lassen. Diese Anordnung über die Bemühungen der Bauleitungen hat sich denn auch so gut ausgewirkt, daß auf den beiden großen Baustellen kein Unfall von einiger Bedeutung vorgefallen ist.“ Anders sieht es allerdings bei den übrigen Betriebsunfällen aus. Die Gesamtzahl der gewerblichen Unfälle in Baden ist von 15 782 im Jahre 1925 auf 19 067 (darunter 125 tödlich) im Jahre 1926 gestiegen, mithin die bedauerliche Zunahme von 21 Prozent. Dies wird zurückgeführt u. a. auf eine genauere Erfassung sämtlicher Unfälle in gewerblichen Betrieben Badens und auf die leichte Verbesserung der Wirtschaftslage.

Der Bericht skizziert eingehend die Betriebsunfälle in den verschiedenen Berufen an welchen natürlich die Männer viel mehr beteiligt sind, als die Frauen und erklärt, daß die Unfallhäufigkeit an Arbeitsmaschinen den Hauptteil der Gesamtschäden bildet. Diese Unfallhäufigkeit sei am größten bei den Metallbearbeitungsarbeiten, dann bei den Holzbearbeitungsarbeiten usw. Die Zahl der gemeldeten Baumunfälle hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt; an tödlichen Unfällen sind 23 zu verzeichnen, 7 mehr als im Jahre 1925. — Die Schilderung der Betriebsunfälle, wie sie entstanden und wie sie vielleicht künftig zu verhüten sind, nimmt im Bericht volle 52 Seiten in Anspruch, ein Beweis, welche große Bedeutung — mit Recht — das Gewerbeaufsichtsamts dieser Angelegenheit schenkt. Die hohe Zunahme von 21 Prozent scheint uns dies auch zu erfordern.

Gesundheitschädliche Einflüsse

Seider konnten die für den Arbeiterschutz so wichtigen Belehrungskurien wegen Mangel an Geldmitteln nicht abgehalten werden; dagegen hat die Handsammlung mancherlei

Bemerkung erfahren. Ein Unfallshutbild ist dem Jahresbericht als Anlage beigelegt. Im übrigen bemerkt der Bericht: „Nachdem die Verordnung vom 12. Mai 1925 über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf einige Berufsstände nun 1 1/2 Jahre in Kraft steht, ist sie auch allgemein bei Arbeitgebern, Arbeitern und praktischen Ärzten zur Kenntnis und praktischen Anwendung gekommen. Der Landesgewerbeamt steht mit den hauptsächlich in Frage kommenden Versicherungsämtern der großen Städte in ständiger Fühlung, um sich über die praktische Durchführung zu unterrichten.“

Es dürfte nicht allenthalben bekannt sein, daß unter dem auf Grund obiger Verordnung gemeldeten Krankheitsfall bei weitem an erster Stelle die Bleivergiftungen stehen. Seitens der Arbeitgeber wurden gemeldet: Aus Buchdruckereien 15 Fälle, aus Maler- und Lackierwerkstätten 10, aus keramischen Betrieben 2, aus einer Bleifarbenfabrik 19, von einer Zellstofffabrik 4 Fälle wegen vermutlicher Bleivergiftung. Arztlischerseits wurden gemeldet: Bleivergiftungen 10 aus Buchdruckereien, 9 aus Malerwerkstätten, 20 aus einer Bleifarbenfabrik, 5 aus einer Metallhütte, je einer bei einem Bäcker, Kabelarbeiter, Monteur, Arbeiter eines Bleimalzwerkes, ferner 4 aus einer Zellstofffabrik.

Au der Gelei hatte sich der Landesgewerbeamt mit einer Sonderausstellung über die Hygiene der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie beteiligt, die im Gebäude für Gewerbebetriebe untergebracht war. Ermöglicht wurde sie durch die finanzielle Unterstützung der Ausstellungsleitung in Düsselhof und der Pforzheimer Handelskammer in Verbindung mit einigen Pforzheimer Betrieben.

Im Auftrage und mit Unterstützung der Reichsarbeitsverwaltung war der Landesgewerbeamt in Gemeinschaft mit der Oberkrankenkasse in Heidelberg während des ganzen Jahres mit umfangreichen Arbeiten über die Gefährdungen bei Kärmarbeitern beschäftigt. Die Arbeit soll im Laufe des Jahres 1927 im Druck erscheinen. Im ganzen wurden 232 gewerbliche Anlagen vom Landesgewerbeamt besucht, einige Betriebe mehrmals, wenn dort größere Reihenuntersuchungen von Arbeitern vorgenommen werden mußten. Namentlich war dies in zwei Bleibetrieben und fünf Lechtbetrieben, woselbst Prüfungen der Hörfunktion angestellt wurden, der Fall.

Die Befreiung Daudets

Die französische Regierung ist einer üblen Mystifikation zum Opfer gefallen. Am Samstag nachmittag begab sich ein Camelot du Roy in das Ministerium des Innern. Ein andere Mitglieder der royalistischen Jugendorganisation verteilten sich auf die Cafés, die in unmittelbarer Nähe des Ministeriums gelegen sind, und verlangten sämtlich die Telefonverbindung mit dem Ministerium des Innern, um die Telefonleitungen zu blockieren. Der im Ministerium des Innern befindliche Camelot ließ sich von dort aus eine Verbindung nach dem Gefängnis geben und den Gefängnisdirektor ans Telefon bitten, dem er mitteilte: „Im Ministerium ist die Freilassung Léon Daudets, Delejis, des Geschäftsführers der „Action Française“ und des Generalsekretärs der Kommunisten, Semard, beschlossen worden. Ich bitte Sie, um Manifestationen zu vermeiden, die drei Inhaftierten sofort unauffällig aus dem Gefängnis zu entlassen.“

Der Unterdirektor des Gefängnisses, der dieses Gespräch entgegennahm, drückte seine Verwunderung darüber aus, daß man den Kommunisten freilassen wolle. Über die Freilassung Daudets war er nicht erkaunt. Der Camelot du Roy antwortete ihm in energischer Weise: „Sie haben sich darum gar nicht zu kümmern. Es liegt ein formeller Befehl der Regierung vor. Sie haben den Befehl, den ich Ihnen erteilt habe, sofort auszuführen. Sie werden in Kürze Aufklärung erhalten. Für den Augenblick begnügen Sie sich damit.“

Hierauf wollte der Direktor des Gefängnisses sich vergewissern und rief das Ministerium an, dessen andere Leitungen natürlich besetzt waren, so daß er nur eine Verbindung und zwar die mit dem Camelot erlangte. Der Direktor erklarte, man habe soeben vom Ministerium telephoniert und die Freilassung von Daudets und Semard angeordnet. Ich möchte mich vergewissern, ob die Nachricht richtig ist. Der Camelot antwortete: „Ich selbst habe von Befehl des Ministers übermittelt. Verleihen Sie sich. Ich bin der Unterdirektor seines Privatbureaus und wenn der Befehl nicht sofort ausgeführt wird werde ich dafür verantwortlich gemacht. Das kann zu Unannehmlichkeiten führen; denn die Presse ist bereits von der Tatsache unterrichtet.“

Daraufhin begab sich der Direktor sofort in die Zelle Daudets, der von der Mitteilung über seine Entlassung überrascht, zu weinen begann und den Gefängnisdirektor umarmte. Dieser forderte Daudet auf möglichst bald seine Kleider zu packen und das Gefängnis zu verlassen. Dann begab er sich mit der gleichen Nachricht in die Zelle von Delejis. Inzwischen war vor dem Gefängnis eine Kraftdroschke vorgefahren, die die Camelots du Roy requiriert hatten. Der Gefängnisdirektor begleitete die beiden Entlassenen bis zur Schwelle des Gefängnisses. Sie bestiegen das Auto und fuhren in der Richtung des Boulevards Aragon davon. Seitdem sind sie unauffindbar.

Der Chefredakteur der „Action Française“ wurde vom Untersuchungsrichter vernommen, um Auskunft über die Durchführung des gestrigen Handstreiches zu geben. Er erklärte, ich hatte an den Verleumdungen, die zur Befreiung der Gefangenen führten, keinen direkten Anteil.

Das Kabinett trat noch am Samstag abend zusammen, um über die Flucht Daudets zu beraten.

700 Jahrfeier der Stadt Ettlingen

Das freundliche Amtsstädtchen am Ausgange des natur-schönen, ebenso fruchtbaren wie industriereichen Albtales konnte ein seltenes Jubiläum feiern. An der Stelle einer uralten römischen Siedlung hat sich unter dem Auf und Nieder einer wechselvollen Geschichte ein blühendes Gemeinwesen entwickelt, das heute an die 10000 Seelen umfaßt. Ettlingen, das in seinem Kern durchaus den mittelalterlichen Charakter bewahrt hat, ist vor nunmehr 700 Jahren in den Besitz der Stadtrechte gekommen, ein Gedächtnis, wert der festlichen Veranstaltungen, die um ihn gewoben worden sind. Die Einwohnerschaft ist mit ganzem Herzen dabei. Überall freudige Stimmung, obgleich der Himmel nicht das beste Gesicht dazu macht. Es gibt in Ettlingen kein Haus ohne Flaggen, und Quirlandschmuck; Ehrenportalen zieren die Straßen. Kurzum: Ein reizvolles Festgewand mit dem schillernden Grundton der blau-weißen Ettlinger Stadtfarben.

Das namentlich die Landeshauptstadt lebhaften Anteil an der Feier nimmt, ist nur natürlich. An sie erging auch eine Einladung besonderer Art; denn in den Nachmittagsstunden des Samstagvormittags dort Gerolde in historischen Kostümen die Straßen, um durch Panoramafotografieren den Jubeltag der nachbarlichen Schwester zu verkünden.

Mit feierlichem Glockenklang und Freudenfeuer auf dem Rotberg ging in den Abend hinein. Derweil versammelte sich die Bürgerschaft in der prächtig ausgeschmückten Festhalle, um die Jubiläumsgedächtnisse mit einem Festbankett zu beginnen, dem als Ehrengäste der badische Minister des Kultus und Unterrichts, Leers, und der badische Finanzminister Dr. Schmitt, ferner die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, die Vertreter der Kirche, die Altbürgermeister Ettlingens und eine Reihe von Gemeindevorstehern aus der Umgegend beizuwohnen.

Umräumt von Vorträgen des Instrumentalvereins und der Liedertafel Ettlingen hielt Bürgermeister Dr. Potyka die Festrede. Er pries das Stadtjubiläum als eine Kraftquelle tiefen feierlichen Erlebens, um dann den Blick auf die Irrgänge der Siedlung zu werfen und auf die Baudentmäler Ettlingens hinzuweisen (Neptunstein, alte Stadtmauer, Martins- und Nathausurm), mit deren Sage und Geschichte man sich heute besonders verwaschen fühle. Aus dem alten Schloß das einst Markgrafen und Vögte inne hatten — bekanntlich wohnte auch Napoleon einmal darin — floh für die Stadt nach dem schweren Brande von 1689 viel Güte und Hilfe durch die Markgräfin Sibylle. Der Redner ließ dann in großen Zügen das Schicksal der Stadt im Kampfe mit den geistlichen und weltlichen Mächten vorüberziehen. Die Liebe zum Tale mit seinen natürlichen Reichtümern und die Liebe zum Staat seien ein kostbares Erbe, das man als Jubiläumsgeschenk in die Zukunft übernehmen dürfe. Darüber hinaus, so schloß der Bürgermeister seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache, fühlen wir uns eins mit dem Reiche, das durch gemeinsame Arbeit und deutschen Schaffensgeist die verlorene Freiheit nach außen und innen wieder erlangen will. Damit unserem Streben, ein deutscher Mensch im besten Sinne des Wortes zu sein, die Seele nicht mangle, bleiben wir nur eins zu bleiben: treue Kinder unserer Stadt. Dies sei unser heutiges Gelübnis!

Den Abschluß des Abends bildete die Vorführung lebender Bilder aus Ettlingens Vergangenheit, zusammengestellt von der heimischen Dichterin Frau Vina Potyka-Ritter, die großes Interesse erweckten und allgemein recht gefielen. So war das Festbankett ein würdiger Auftakt zu einem echten badischen und deutschen Heimatsfest.

Der Hauptfesttag (Sonntag) brachte die ganze Bevölkerung auf die Beine. Auch von auswärts, namentlich aus der Landeshauptstadt und den Albtalgemeinden, war eine große Schar von Besuchern gekommen, um die Feier des 700. Geburtstages der Stadt Ettlingen mitzuerleben. Am Sonntag vormittag fanden feierliche Gottesdienste der beiden Konfessionen statt, worauf die Vereine der Stadt, die Feuerwehr mit Musik und Trommlerkorps, die Freiw. Sanitätskolonne und die Schulkinder zum Marktplatz zogen, um sich dort in weitem Bogen aufzustellen — mit der dahinter stehenden freudig gestimmten Menge eine dichte Menschenmauer. Als Staatspräsident Dr. Trunk eintraf, wurde er von einem Schülerchor begrüßt. Am Eingang zu dem netten, reichgeschmückten Nathause überreichten ihm zwei herliche kleine Mädels unter feinnigen Rosen Blumenkränze. Im neuen Bürgerausgangsaal erfolgte darauf die Begrüßung der Behörden. Hierzu hatten sich außer den städtischen Körperschaften u. a. einzufinden mit dem Staatspräsidenten auch Innenminister Dr. Remmele, die Oberbürgermeister und Bürgermeister zahlreicher badischer Städte und Gemeinden, der Präsident des evang. Oberkirchenrats D. Wirth und Generalvikar Dr. Selter aus Freiburg, mehrere Abgeordnete des Landtages, sowie Vertreter aller Stände und Berufe.

Der Bürgermeister der Feststadt, Dr. Potyka, hieß die Anwesenden herzlich willkommen.

Darauf sprach Staatspräsident Dr. Trunk. Nachdem man am Morgen Gott die Ehre gegeben habe, sei man jetzt zusammengelassen, um dem Geburtstagskinde zu gratulieren, seine Freude zu verdoppeln und zu verallgemeinern. Das badische Land und seine Regierung wollen es begrüßen und beglückwünschen. Ein herzliches Glückauf für die Zukunft! Ettlingen habe in der Vergangenheit an Schicksalschlägen viel und Schweres zu ertragen gehabt. Man denke nur daran, wie die Stadt einst wildem Kriegsgebaren zum Opfer gefallen ist. Wir müssen darum dankbar und ehrfürchtig der Vorfahren gedenken und die Mahnung in uns aufnehmen, in Selbstsucht mit uns selbst einig zu werden und die Einigkeit in der Familie, in der Gemeinde und im Staate zu schaffen, auf daß wir ein einziges starkes deutsches Reich unserer eigen nennen können. Dieser Boden sei geheiligt durch die Asche von Vater und Mutter seit einem Jahrtausend. Der Staatspräsident fuhr fort: Wir wissen, daß manches zu wünschen wäre in Gegenwart u. Zukunft auch in den Beziehungen zwischen Stadt und Staat. Wir im demokratischen Staat sind nicht in der Lage, Ettlingen ein Jubiläumsgeschenk durch Vorrechte und Privilegien zu geben. Wir sind ein Volk der Gleichgestellten, Gleichberechtigten und Gleichpflichtigen, verpflichtet im Sinne des Gemeinschaftswesens. Möge die Stadt Ettlingen auch in Zukunft glücklich sein durch die Tugenden und den Fleiß ihrer Bürger. Wir wollen vom Staate und vom Lande her der Stadt Ettlingen versprechen, in dem Bestreben einig zu gehen, das Wohl des Staates und auch das der Jubelfeststadt zu fördern. Möge sie teilnehmen am Aufblühen der Landeshauptstadt und möge es ihr und uns bechieden sein, daß wir beide teilhaftig seien eines wirklichen Friedens nach innen und außen. So wie die Gefallenen das Vaterland geliebt haben, so wie sie eingestanden sind für Familie, Staat und Reich, so wollen wir es zusammen tun in alle Zukunft hinein! (Lebhafte Beifall.)

Damit war der Begrüßungsakt beendet. Der Staatspräsident und die sonstigen Ehrengäste trugen sich in das goldene Buch der Stadt ein. Während einer kurzen Pause wurde ein Ambiß gereicht. Dabei erhob der Staatspräsident sein Glas auf die Feststadt.

Es folgte sodann die Enthüllung des Gedenksteins für die Gefallenen der von dem Ettlinger Bildhauer Oscar Riefer geschaffenen und über dem Torbogen am alten Nathausurm eingemauert wurde. Das ergreifende Bildwerk zeigt den Tod,

wie er über das Schlachtfeld reitet. Nach einem Spiel des Musikvereins Ettlingen und dem Schubertischen Sanktus, gefolgt von den vereinigten Gesangvereinen hiesiger Stadt, hielt Bürgermeister Dr. Potyka vom Nathausurmbalken die Gedächtnisrede auf die 274 im Weltkriege verbliebenen Bürger von Ettlingen. Es griff jedem ans Herz, als die Hülle fiel, die große Glode der Herz-Jesus-Kirche anschlug und die Menge bei gesetzten Fahnen einige Minuten schweigend das Andenken der Toten ehrte. Von Musikstücken begleitet, sang man dann allgemein das Lied vom guten Kameraden. — Staatspräsident Dr. Trunk richtete hierauf an die Gäste und Bürger von Ettlingen eindringliche Mahnworte, im Hinblick auf das erhabene Beispiel der Verfahren in treuer Pflichterfüllung zusammenzufassen und den Nächsten zu lieben, wie sich selbst, um so unserer Lebensaufgabe zu erfüllen und dem Wohle des Ganzen zu dienen. Die Rede klang aus in ein begeistert aufgenommenes Hoch der Gäste auf die gute badische Stadt Ettlingen, ihre vortreffliche Stadtverwaltung und ihre tüchtige Bevölkerung. Nach einem Schlußmarsch leerte sich langsam der Platz.

Um 1 Uhr vereinigten sich die Festgäste, unter denen wir auch den Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Prof. Probst bemerkten, mit den städtischen Kollegien Ettlingens zu einem Mittagssmahle in der Festhalle, wobei ein Streichorchester für gute, musikalische Unterhaltung sorgte und der Redner seinen Lauf nahm. Generalvikar Dr. Selter überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Erzbischofs und der kathol. Kirchenbehörde. — Oberbürgermeister Dr. Engelmeier, Vortrags, sprach im Namen des Bad. Städtebundes. Er betonte, daß die Erhaltung der Eigenart Ziel eines jeden Gemeinwezens sein müsse, und taufte auf die Stadt Ettlingen und den Staatspräsidenten. Der stellv. Bürgermeister Selter gab eine große Zahl von Glückwünschkarten badischer Städte und Kreise, von früheren Amtsmännern und in der Ferne weilenden Ettlinger Bürgern bekannt. Auch der Präsident des Landtages, Dr. Baumgartner, und verschiedene Abgeordnete hatten schriftlich gratuliert. — Der zweite Bürgermeister von Freiburg, Dr. Hofer, der zuletzt in Ettlingen Bürgermeister war, überbrachte die besten Wünsche der Freigaustadt und des Landesverbandes Badische Heimat und brachte ein Hoch auf Dr. Potyka aus, des lebhaften Widerhall fand. Auch Oberbürgermeister Hügel von Weinheim, gleichfalls früherer Ettlinger Bürgermeister, würdigte die Verdienste des jetzigen Gemeindevorstandes. — Der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Hinter gedachte in humorvoller Weise der Dament. Kammerpräsident Henmann, Bruchsal feierte das Handwerk als die beste Stütze der Städte.

Am Nachmittag wurde im hübschen Batthaldenpark zum ersten Male „Der Schultze von Ettlingen“ aufgeführt. Für die starke Zuhörerschaft war dieses Heimatsfestspiel des Freiburger Dichters Wilhelm Glad in Etelnsin, das man so bald nicht vergessen wird. Das Stück behandelt einen Ausschnitt aus der mittelalterlichen Geschichte Ettlingens, vermischt von Wahrheit und Legende, spannend von Anfang bis zum Schluß. Und die Art, wie unter der Regie des Direktors der Karlsruher Volksbühne, Hans Blum, von den durchweg Ettlinger Bürgern mit Hingebung und Natürlichkeit gespielt wurde, verdient das höchste Lob. Die Darsteller wurden mit reichem Beifall bedacht und der anwesende Dichter, dem man einen Lorbeerkranz u. Blumengebilde überreichte, lebhaft gefeiert. — In den übrigen Nachmittagsstunden herrschte in der Stadt und den Gastlöten ein reger Verkehr. Der Abend brachte einen Fackelzug und festliche Beleuchtung der Stadt, sowie Veranstaltungen in der Festhalle und im Sonnenaal. — Hatte die Jugend schon am Nachmittag ihren Kinderfestzug, so soll sich am heutigen Kaufreien Montag ihre Freude am 700. Geburtstag ihrer Vaterstadt durch ein eigens aufgestelltes Programm haben. Dem kommenden Geschlecht aber werden eherne Lettern im Buche der Zeitgeschichte vom 700 jährigen Jubiläum Ettlingens finden.

Weltwirtschaftskonferenz u. deutsche Zollvorlage

Zu dem Thema „Weltwirtschaftskonferenz und deutsche Zollvorlage“ entnehmen wir aus der Begründung des Gesetzentwurfes über Zolländerungen, den die Reichsregierung soeben dem Reichstag hat zugehen lassen, folgendes:

In den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz kommt die Tendenz zum Ausdruck, ein allgemeiner Abbau des Zollniveaus wünschenswert ist. Dieser Auffassung will die Reichsregierung dadurch Rechnung tragen, daß sie den Reichswirtschaftsrat erucht, sofort in Beratungen darüber einzutreten, welche Zollpositionen unserer Zolltarife autonom ermäßigt werden können. Darüber hinaus soll auch mit den Vertragsländern in Verbindung getreten werden, um durch neue Verhandlungen beiderseitige Vertragsföhe ebenfalls zu senken. Wenn hiermit die Reichsregierung den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz weitgehend Rechnung trägt, so befindet sie sich außerdem in voller Übereinstimmung mit den gerade für die Landwirtschaft gefaßten Resolutionen, wenn sie vorschlägt, den Kartoffelzoll und den Zoll für Schweinefleisch zu erhöhen.

Die Aufwertung der Versorgungsansprüche der Offiziere. Der 11. Senat des Reichsverwaltungsgerichtes hat in der Neuzinstanz entgegen einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Erfurt erneut dahin entschieden, daß die Versorgungsansprüche der Offiziere aus der Inflationszeit nicht aufgewertet werden würden. Damit hat sich, laut „D. A. Z.“ das Reichsverwaltungsgericht erneut in Gegensatz zu der gültigen Rechtsprechung des Reichsgerichtes gesetzt. Wie das Blatt hört, wird seitens der Offiziere beabsichtigt, die Frage einem anderen Senat zu erneuter Prüfung und abschließender Entscheidung zu unterbreiten.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Nach einem Bericht des französischen Handelsministeriums über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben die deutsche und die französische Delegation ihre Besprechungen fortgesetzt. Im Anschluß an einen Schriftwechsel zwischen den beiden Delegationen hätten die deutschen Vertreter bei ihrer Regierung Instruktionen angefordert. — Nach Abschluß des Kabinettrates erklärte der Handelsminister Wotawowski, daß man sich auch mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen befaßt habe.

Protokoll des Internationalen Noten Kreuzes gegen die Waffenhinrichtungen. Der Präsident des Internationalen Noten Kreuzkomitees, Gustav Ador, hat an die Sowjetregierung folgende Erklärung gesandt: Tief bewegt nimmt das Internationale Komitee des Noten Kreuzes Kenntnis von den Nachrichten aus Rußland über die Waffenhinrichtungen. Das Komitee nimmt Bezug auf die Beschlüsse der Internationalen Note-Kreuz-Konferenzen, welche die Repressalien verurteilen und für den Schutz der Gefangenen und Geiseln eintreten und appelliert an das moralische Verantwortungsgesühl gegenüber der ganzen Menschheit. Das Komitee erucht die Sowjetbehörden eindringlich, Maßnahmen zu unterlassen, die gegen die Gerechtigkeit und Vernunft verstoßen.

Ein Auto des Reichsbanners beschossen. Ein mit Reichsbannerleuten besetztes Auto wurde hinter Münchberg von bis her noch unbekanntem Personen überfallen und beschossen. Ein Reichsbannermann wurde durch Bauchschuß getötet, mehrere andere zum Teil schwer, zum Teil leichter verletzt.

Kurze Nachrichten

Abreise Dr. Stresemanns nach Oslo. Reichsaußenminister Dr. Stresemann trat gestern in Begleitung seiner Gattin seine Reise nach Oslo an, um an den Feierlichkeiten zur Verleihung des Friedensnobelpreises teilzunehmen.

Unterstaatssekretär Caspar, früher Präsident der Reichsversicherungsanstalt und noch früher ein Jahrzehntlang Leiter der zweiten Abteilung des Reichsamtes des Innern, ist gestorben.

Bei der Hindenburgsperde in Berlin gehen dauernd zahlreiche Unterstützungsanträge ein. Die Hindenburgsperde ist zu ihrem Bedauern im gegenwärtigen Augenblick nicht in der Lage, auf diese Anträge irgendetwas zu unternehmen. Sie bittet deshalb, von derartigen Anträgen Abstand zu nehmen und verweist darauf, daß es erst von dem Ergebnis der Sperde und von den weiteren Entschlüssen des Herrn Reichspräsidenten abhängt, wann mit Unterstützungsmaßnahmen aus der Sperde gerechnet werden kann.

Die Besichtigung der zerstörten Unterstände. Die für diese Woche in Aussicht genommene Besichtigung der an der deutschen Olgrenze zerstörten Unterstände durch die Militärfachverständigen der Alliierten in Berlin, wird laut „Montag“ wahrscheinlich eine kurze Verzögerung erfahren, da die Besichtigungskonferenz es bisher veräumt hat, die Militärfachverständigen in Berlin von den Genfer Abmachungen in Kenntnis zu setzen.

Zweibrücken in schwerster wirtschaftlicher Notlage. Die Schuldenlast der Stadt Zweibrücken wird, wie in der Stadtratssitzung bei der Eatsberatung mitgeteilt wurde, 4 1/2 Millionen M. erreichen. Da keine Möglichkeit mehr vorhanden ist, die Schulden aus eigener Kraft zu decken, sieht sich, wenn keine Hilfe von anderer Seite kommt, Zweibrücken gezwungen, sämtliche Zahlungen einzustellen.

Päpstliche Auszeichnung des Bischofs von Limburg. Bischof Dr. Augustinus Kilian ist durch päpstliche Breve zum päpstlichen Ehrenkonsulten ernannt und dadurch zugleich in den römischen Adelsstand mit dem Rang eines Grafen erhoben worden. Seit 70 Jahren ist es das erste Mal, daß einem Limburger Bischof diese hohe päpstliche Auszeichnung zuteil wurde. Der Bistumsbischof Peter Blum wurde damals auf diese Weise geehrt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung des Badischen Landtags am Freitag, 1. Juli 1927, vormittags 9 Uhr.

Die Tagesordnung lautet:

I. Mitteilung der Eingänge.

II. Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die vierte Änderung des Landtagswahlgesetzes (Druck. Nr. 72 und 72 L) — Namentliche Abstimmung! — Berichterstatter Abg. Dr. Engler.

III. Abstimmung über die Anträge der Abg. Dr. Matz u. Gen., Reichsschulgesetz (Druck. Nr. 81—81 i). — Namentliche Abstimmung!

IV. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Gesetzentwurf über die vierte Änderung des Gebäudebesondersteuergesetzes (Druck. Nr. 84) und damit in Verbindung

a) den Antrag der Abg. Bod u. Gen., Gebäudebesondersteuer und Wohnungsbauförderung (Druck. Nr. 64),

b) die Gesuche

1. des Verbands bad. Gemeinden, der Vereinigung der Bürgermeister des Bezirks Konstantz des Verbands bad. Gemeinden, der Vereinigung der Bürgermeister des Amtsbezirks Bretten des Verbands bad. Gemeinden, Verteilung des für den Wohnungsbau bestimmten Landesanteils an der Gebäudebesondersteuer,
2. des Verbands bad. Grund- und Hausbesitzervereine, Erhöhung der in der Miete enthaltenen Sätze für Instandsetzungs- und Betriebskosten,
3. des Landesverbandes bad. Mietervereine, Verwendung der Mieteerhöhung zur Förderung des Wohnungsneubaus,
4. der Mietervereinigung Karlsruhe, Verwendung der Mieteerhöhung (Druck. Nr. 84 a), Berichterstatter Abg. Müldert.

Weitere Gegenstände vorbehalten nach dem Ergebnis der Ausschussberatungen.

Tagung des Zentralkomitees der Badischen Zentrumspartei

Am Sonntag tagte in Freiburg das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei und besprach nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Dr. Föhr zunächst das neue Wahlgesetz, das gegenwärtig in der Behandlung des badischen Landtags sich befindet. Nach dem Bericht des „Bad. Beob.“ begrüßt die Partei uneingeschränkt dieses Gesetz und zwar ganz besonders aus staatspolitischen Gründen.

Darauf referierte Abg. Dr. Söfner in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der badischen Zentrumspartei über die politische Lage im Reich und im Lande. Das Ergebnis einer außerordentlich lebhaften Aussprache war das einmütige Vertrauen, das der Reichstagsfraktion, sowie der des Landes ausgesprochen wurde. Zwei Telegramme gingen ab. Eines an den Führer des deutschen Zentrums, den Reichstagsabgeordneten Dr. Marx, das andere an den badischen Staatspräsidenten Dr. Trunk, der durch die Beteiligung an der 700-Jahrfeier der Stadt Ettlingen am Erscheinen verhindert war, aber durch ein längeres Telegramm die Tagung begrüßt hatte.

An der Tagung nahmen Reichsfinanzminister Dr. Koller, der Finanzminister des badischen Landes, Dr. Schmitt, die badische Zentrumsfraktion, Präsident Wittenmann, sowie die badischen Zentrumsabgeordneten des Reichstags vollzählig teil. Dr. Wirth, der durch Veranstaltungen, die vor Festsetzung der Tagung ihn festgelegt hatten, am Erscheinen verhindert war, hatte ein längeres politisches Referat der Tagung geschickt. Es wurde reiflos zur Kenntnis der Versammlung gebracht. Hinsichtlich der verschiedenen Fragen, die sich an den Namen des Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth knüpfen, war die Aussprache vollständig einmütig.

Wälschenediebstahl

Das badische Landespolizeiamt teilt mit: Bei einer in Mittelbaden festgenommenen Diebesbande wurden eine große Menge Herren-, Damen- und Bettwäsche beschlagnahmt, deren Eigentümer bis jetzt nicht ermittelt werden konnten. Die Sachen dürften aus Gasthaus- und Wälschenediebstählen, verübt zwischen Offenburg und Karlsruhe, herrühren. U. a. befinden sich Wälschenediebstahl mit folgenden Zeichen darunter: S K, S M, G G 2, T P oder T F, J A oder P H, je ein Herrenhut mit E Sch und B R R gezeichnet, eine zinnene Teelanne mit J W Maerlin Stuttgart 1712, ferner ein brauner Herrenjournemantel mit dem Zeichen E. Schumacher. Die Sachen können bei der Genbarmerie in Wühl eingesehen werden.

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt am 18. d. Mts. in Weingarten eine Vorstandssitzung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung sind, wie uns geschrieben wird, folgende Verhandlungsgegenstände hervorzuhellen:

Es war die Prüfung der Frage angeregt worden, ob nach der Einführung der Arbeitsgerichte auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes noch ein Bedürfnis für die Beibehaltung der Gemeindegerichte und der Schiedsmannstelle bei den Gemeinden bestehe. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Gemeindegerichte und Schiedsmannstellen im Interesse der Bevölkerung bestehen bleiben sollen. Der Badische Landtag hat kürzlich beschlossen, die Regierung um Prüfung zu ersuchen, ob nicht den städtischen Fürsorgeverbänden das Aufkommen aus der Gebäudebesondersteuer ganz überlassen werden soll. Bei der immer noch herrschenden besonders großen Wohnungsnot in den Städten muß der Städteverband größten Wert darauf legen, daß im Sinne der Entschliessung des Landtags Anordnung getroffen wird. Entsprechende Vorstellung soll erhoben werden. Das Reich hat für die Kleinrentnerfürsorge einen größeren Betrag bereitgestellt, aus dem den Bezirksfürsorgeverbänden Zuschüsse gewährt werden sollen. In die Gewährung der Zuschüsse sind aber Bedingungen geknüpft, die wegen der Konsequenzen unannehmbar sind. Nachdem auch die Spitzenorganisation der Kleinrentner sich grundsätzlich gegen die Zuschüsse unter den gestellten Bedingungen ausgesprochen hat, kann den Städten nur empfohlen werden, die Zuschüsse auch ihrerseits einstimmig abzulehnen. Nach dem Polizeigesetz müssen die Städte mit Staatspolizei 6/10 der Kosten dem Lande ersetzen, auch für die regelmäßig bei der Ortspolizei zur Verwendung kommenden Schutzpolizeibeamten. Es fehlt den Städten bisher die Möglichkeit, die Berechnung ihres Anteils einwandfrei nachprüfen zu können. Einwandfreie Unterlagen für die Berechnung sind erneut zu verlangen. Die Beamtenorganisation einer Stadt hat beantragt, zur Behebung der bestehenden Not und zur Angleichung der Gehälter der unteren Beamtengruppen an die Löhne der Arbeiter Ausgleichszulagen zu gewähren. Dem Antrag kann aus grundsätzlichen Erwägungen und im Hinblick auf die in Aussicht stehende Neuregelung der Besoldungsordnung für die Beamten durch das Reich nicht entsprochen werden. Gegen den Referententwurf einer Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werden sehr ernste Bedenken erhoben. Ein Unterausschuß wird zur Ausarbeitung der Stellungnahme des Städteverbandes eingesetzt. Bezüglich des Ausbaues der Höheren Lehranstalten wird wiederholt dahin Stellung genommen, daß die Kosten der Aufbauleistungen nach § 28 St. L. G. hälftig zwischen Land und Stadt geteilt werden müssen. Eine Verquickung mit dem Statutgesetz wird nicht für angängig erachtet.

Zur Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins

Der Südwestdeutsche Kanalverein hat schon vor Jahresfrist auf seiner damaligen Tagung in Ulm beschlossen, die diesjährige Hauptversammlung in Mannheim und Heidelberg abzuhalten. Auf diese Weise wollte er seinen Mitgliedern Gelegenheit geben, die gemaltigen, in den letzten Jahren am unteren Neckar zum Zweck der Kanalisierung errichteten Bauwerke zu besichtigen. Ein glückliches Zusammentreffen ist es, daß gerade gegenwärtig die Bauarbeiten dadurch einen gewissen Abschluß erreicht haben, daß die Staustufe Ladenburg zum erstenmal von Schiffen durchfahren werden kann. Die nachstehende folgende Staustufe Wieblingen wurde bekanntlich bereits schon letztes Jahr vollendet, so daß heute die ganze erste 27 Kilometer lange Etappe des Neckarkanals von Mannheim bis Heidelberg fertiggestellt ist. Die von der Neckar- u. G. und der Neckarbaudirektion aufs vollkommendste und gemäß dem neuesten Stand der Technik durchgeführte Kanalisierung darf wohl als Musterstück einer modernen Wasserstraße bezeichnet werden.

Die Tagung beginnt am Dienstag, den 28. Juni in Mannheim und eine Einladung der Stadt Mannheim zum Besuch des reichhaltigen und wertvollen Schlossmuseums und des Planetariums gibt den Teilnehmern Gelegenheit, sich in zwangloser Weise in Mannheim zusammenzufinden. Am 7. Uhr abends findet ein Vortrag von Herrn Strombaudirektor König über den Stand der Bauarbeiten statt; der Rest des Abends ist dem gegenseitigen Besuchen gewidmet. Die im Mittelpunkt der Tagung stehende Besichtigungsfahrt der fertiggestellten Kanalarbeiten beginnt am 9. Juni, 9 Uhr morgens, in Mannheim (Treffpunkt: Friedrichsbrücke) und führt über die Staustufen Ladenburg und Wieblingen nach Heidelberg. Unmittelbar anschließend wird in der Stadthalle Heidelberg die Mittelbevorstanderversammlung abgehalten; ihr folgt das gemeinsame Mittagessen und eine Motorbootfahrt nach der Stifftsmühle. Am Abend treffen sich die Teilnehmer der Tagung auf der Volkstheater, um sich von dort bei Einbruch der Dunkelheit beginnende Beleuchtung der von oben sichtbaren Teile des Heidelberger Schlosses anzusehen.

Lohnbewegungen in Baden

Zum Lohnstreit in der Uhrenindustrie. Der am 15. Juni vom Schlichtungsausschuß Mittweil gefällte Schiedsspruch in der Uhrenindustrie über die Arbeitszeitregelung und den Urlaub wurde von den Arbeitgebern angenommen. Es ist zu erwarten, daß auch von Arbeitnehmerseite Zustimmung wird, wenn auch noch nicht alle Gewerkschaften die Annahme ausgesprochen haben. Damit wäre der Streit um Urlaub und Arbeitszeit bis zum 1. März 1928 erledigt.

Badisches Landestheater

„Fräulein Julie“ — „Anatols Hochzeitsmorgen“

Am Samstagabend verabschiedete sich Herma Clement in „Fräulein Julie“. Eine eingehende Würdigung des Strindberg'schen Schauspielers erübrigt sich, da die Aufführung in den Kammertheatern noch in naher Erinnerung sein dürfte. Nach dem erwiderten Milieu wurde Schmitz's oberflächliche, witzige heitere Szene „Anatols Hochzeitsmorgen“ besonders freudig entgegengenommen. Herma Clement empfing nach beiden Stücken sehr starken Beifall und wurde am Schluß des Theaterabends durch reiche Blumen- und Gabenspenden und ungemessene Hervorrufe gefeiert.

Verband der Freunde der Universität Freiburg i. Br. Der Verband der Freunde der Universität Freiburg i. Br., der im November vor. J. durch Zusammenschluß der Akademischen Gesellschaft, der Dogatenhilfe, der Studentenhilfe und der Volkshochschule ins Leben gerufen wurde und der die Zusammenfassung aller an der Universität interessierten Kreise Oberbadens sowie die Beschaffung von finanziellen Mitteln bezweckt, hat seinen ersten Geschäftsbericht herausgegeben. Danach besitzt der Verband in Oberbaden bereits 223 Einzel- und 22 korporative Mitglieder. Unter Hinweis darauf, daß z. B. die entsprechende Arbeitsgemeinschaft an der Wiener Universität nach dreijährigem Bestehen einen Mitgliederbestand von 10 000 hat, wird die fortgesetzte Werbung neuer Mitglieder für außerordentlich notwendig bezeichnet. Ortsgruppen bestehen u. a. in Lörrach, Lehr und Schopfheim.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe führte am Samstag nach dreitägigen Verhandlungen die Voranschlagsberatung zu Ende. Zu Anfang der Sitzung gab es erregte Auseinandersetzungen zwischen Volkspartei und Zentrum, das den Antrag auf Wiedereinsetzung der 10 000 M für die Theaterplätze der Bürgermeister und Stadträte eingebracht hatte und dabei von den Sozialdemokraten lebhaft unterstützt wurde. Schließlich — es war fast 10 Uhr geworden — wurde der gesamte Voranschlag unter Bewilligung der tagsüber gestrichenen 10 000 M für die Theaterlogen und unter Erhöhung der Position zugunsten des Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, sowie des Arbeiterportarfs von 16 000 auf 20 000 M, sowie unter Streichung der Schülerbeiträge 34 den Schülerhorben mit 800 M mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Aufwertungs- und die Kommunisten, während die Mitglieder der volksparteilichen Fraktion zum großen Teil den Saal verlassen hatten.

Aus der Landeshauptstadt

Die Gründungsfeier des A.-S.-Waffenrings. Am 10. April d. J. ist von den hiesigen, dem Allg. Deutschen Waffenring angehörenden Altherrenverbänden die Gründung des Altherren-Waffenrings Karlsruhe erfolgt. Zur Feier dieser Gründung fand am Samstag Abend hier in der Festhalle unter Beteiligung der altlichen Waffenstudentenschaft der drei Hochschulen Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe ein stark besuchter Festkommers statt. Die Heidelberger und Mannheimer Affinitäten war sehr stark vertreten; Freiburg veranstaltete zu gleicher Zeit eine eigene Feier. Mehr als tausend alte Herren aus Baden und der Pfalz füllten den großen Saal, und die Galerie zierte ein reicher Kranz von Damen. Unter den Mägen des Friedericus-Marsches erfolgte der Einzug von etwa 30 Fahnenabteilungen in Wicks, die mit ihren Fahnen auf dem Podium Platz nahmen. A. A. Richard Schneider, Karlsruhe, fungierte als Vorsitzender des Kommerces, den er mit einer Ansprache eröffnete, in der er, während sich die Korona von den Eichen erhob, der gefallenen Kommissionen gedachte und auf die Ziele des deutschen Waffenstudententums hinwies: den Geist der Ehre und der Beharrlichkeit im deutschen Volke und in der akademischen Jugend immerdar nachzuerhalten. Reichstagsabg. Hermann Dietrich betonte die Notwendigkeit der nationalen Einigung im Deutschen Reich und der Vereinigung aller im geschlossenen Zusammenhang mit dem Stammbolt wohnenden Deutschen, die zu uns wollen, unter Einfluß Deutsch-Österreichs. Prof. Dr. Ehret sprach über die Ideale des Waffenstudententums: Ehre, Freiheit und Vaterland und die Heranbildung der akademischen Jugend zu Führerpersönlichkeiten. Weitere Ansprachen wechselten mit gemeinsamen Liedern und musikalischen Darbietungen der Stadtkapelle ab. In den in Freiburg tagenden A.-S.-Waffenring wurde ein Begrüßungs- und an den Reichspräsidenten ein Einbürgerstelegramm abgefaßt.

Karlsruher Rennen. Auf den Rennwiesen bei Klein-Müppur herrschte am gestrigen Samstag reger Betrieb. Der um die Förderung der Pferdezüchtung sehr verdiente Karlsruher Rennverein hatte mit der Durchführung dieser sommerlichen Rennfestes einen großen Erfolg. Vom Freitag war die Veranstaltung noch ziemlich begünstigt; erst beim letzten Rennen fielen vom trüben Himmel die üblichen Regentropfen, ohne indessen die Scharen weiter zu stören, die im weiten Umkreis die Bahn umsäumten und gerade dieser von Herrn Bohlen und Halbtag angeführten „Jagd mit Auslauf“ mit besonderem Interesse folgten. Es fanden im Ganzen sieben Rennen statt, darunter ein für Offiziere der Reichswehr reserviertes Jagdrennen sowie ein Trabfahren. Es gab zum Teil gut besetzte Felder und sehr spannende Momente beim Endkampf, wobei es auch nicht an einigen Ubertastungen fehlte. Die einzelnen Rennen, die an Hof und Reiter bedeutende Anforderungen stellten, verliefen ohne größeren Unfall.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, den 28. Juni, findet unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll und unter der Regie von Helmut Große eine Neueinstudierung von Puccinis Musikdrama „Tosca“ statt. Die Titelpartie singt Rose Forbach vom Badentheater Stuttgart. In den übrigen Partien sind beschäftigt: Elisabeth Wanka und die Herren Karlheinz Käfer, Wilhelm Rentwig, Hans Siegfried, Adolf Vogel und Rudolf Weyrauch.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Ein über der Nordsee liegender ausgebreiteter Sturmwirbel hat auf seiner Südseite erhebliche Mengen kalter Luft von Norden herangeführt, die bereits England und das Festland bis zur Ebene überflutet hat. Mit dem Temperaturrückgang ist auf dem Festlande bereits Druckanstieg erfolgt, der voraussichtlich noch anhalten wird. Doch ist nur eine langsame Besserung zu erwarten. Wettervorhersage für Dienstag, den 28. d. M.: Anhaltend kühl, bei zeitweiser böigem Westwinde. Noch meist wolfig, strichweise Regenfälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

Sonntag Mittag gegen 2 Uhr durchfuhr das vom Besitzer selbst gesteuerte Auto des Kaufmanns Dr. Welz aus Kastatt bei Bartenstein 182 im Bahnhof Muggensturm die geschlossene östliche Wegschranke. Der gerade fällige D-Zug 444 wurde noch rechtzeitig gewarnt und wenige Meter vor dem Auto gestoppt. Er konnte nach Entfernung des Autos die Fahrt nach kurzer Unterbrechung fortsetzen. Verletzt wurde niemand.

Dr. Heidelberg, 25. Juni. Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtages hat die Absicht, demnächst die hiesigen Universitätsgebäude und dazu gehörige Einrichtungen zu besichtigen.

Waldbrunn, 27. Juni. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Trautmann waren die Mitglieder des Festauschusses für die Einweihung des im gotischen Stile umgebauten Rathauses mit dem Gemeinderat zu einer Sitzung zusammengekommen. Es wurde beschlossen, daß das Fest der Einweihung am 3., 4. und 5. Sept. d. J. stattfinden soll.

Dr. Buggingen, 27. Juni. Dem Jahresbericht für 1926 des Badischen Bergamtes über das Kalzialsbergwerk ist u. a. zu entnehmen: Schacht I ist bis zu seiner vollen Leistungsfähigkeit fertig ausgebaut worden, auch Schacht II hat nunmehr das Kalzialslager erreicht und ist mit Schacht I verbunden, wodurch besonders die Wetterführung verbessert werden konnte. Mit Schacht II ist ein zweiter Ausgange aus der Tiefe geschaffen und damit die Sicherheit der Belegschaft wesentlich erhöht worden. Statt der überliegenden Karbidlampen sind jetzt durchweg elektrische Handlampen eingeführt.

Dr. Säckingen, 27. Juni. Wie man hört, sind die Verhandlungen mit dem Besitzer des Trompertschloßes bereits weit fortgeschritten. Man hört einen Kaufpreis von 180 000 M. Die Schloßgut-Vergesellschaft soll das Gelände geben für einen neuen Schulbau.

W.B. Freiburg, 27. Juni. Im Verfolg der kühlen Witterung und der reichen Niederschläge der letzten Tage kam es gestern Abend im südblichen Schwarzwald zu starken Regenfällen bei erheblichem Tem peraturrückgang. Auf dem Feldberg stand das Thermometer auf minus 0,4 Grad, heute morgen gegen 8 Uhr zeigte das Thermometer minus 0,1 Grad an. In den Nachtstunden ist auf dem Feldberg Schnee gefallen. Die Schneehöhe beträgt zwei Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Juni		26. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.92	169.26	168.95	169.27
Kopenhagen 100 Kr.	112.75	112.97	112.72	112.94
Italien . . . 100 L.	24.29	24.33	24.49	24.53
London . . . 1 Pf.	20.477	20.517	20.476	20.516
Newyork . . . 1 D.	4.2155	4.2235	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.155	81.315	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	59.34	59.46	59.31	59.43
Brag . . . 100 Kr.	12.492	12.512	12.489	12.507

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 22. Juni 1927. Die auf den Stichtag des 22. Juni 1927 berechnete Großhandelsindexziffer des Reichsindexziffern am 22. Juni 1927 beträgt 137,4 (138,0) zurückgegangen.

Großherzogliche Majolika-Manufaktur Karlsruhe u. G. Die Großherzogliche Majolika-Manufaktur u. G. beantragt Kapitalaufstockung von 800 000 M auf 1 000 000 M und Wiederverhöhung um 350 000 M. Auch sollen 50 000 M bisher dreistimmige L.-A. in St.-A. umgewandelt werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf die Bestimmung in § 20 Absatz 1 Satz 2 der badischen Verfassung vom 21. März 1919 wird nachstehend der vom Gesamtministerium angenommene Entwurf eines Gesetzes über die vierte Änderung des Gebäudebesondersteuergesetzes bekanntgegeben.

Karlsruhe, den 27. Juni 1927.
Staatsministerium
Trunt

Entwurf eines Gesetzes

über die vierte Änderung des Gebäudebesondersteuergesetzes
Das badische Volk hat durch den Landtag am 1927 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I.

Das Gebäudebesondersteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 91) wird wie folgt geändert:

- Im § 7 ist in Absatz 2 am Schlusse statt der Worte von „je 14 und“ bis „je 16 Reichspfennig“ zu setzen: „je 14“, vom 1. Juli 1926 bis 30. April 1927 monatlich je 16 und vom 1. Mai 1927 an monatlich je 18 Reichspfennig“.
- Im § 10 wird als Absatz 4 eingefügt:
„(4) Die steuerlichen Vergünstigungen nach § 3 Absatz 2, §§ 8, 8a und 9 werden, soweit den Anträgen stattgegeben wird, mit dem Beginn des Kalenderjahres, in dem der Antrag gestellt worden ist, wirksam.“
- Im § 12 Absatz 1 a) erhält Satz 1 folgende Fassung:
„Das Land verwendet von seinem Anteil am Steuerertragnisse nach § 7 Absatz 2 55, nach § 7 Absatz 4 50 vom Hundert, sowie den ganzen Anteil am Steuerertragnisse nach § 7 Absatz 3 für die Förderung des Wohnungsbaues.“
- b) ist zu setzen in Satz 4 statt „50 vom Hundert“, die in Satz 1 genannten Hundertsätze“ und in Satz 5 statt „auf mehr als 60“, um mehr als 10“.
- Im § 14a ist hinter den Worten „§ 8 Absatz 2 Ziffer 1 erster Satz“ einzufügen: „des Gesetzes in der Fassung des Staatsministerialverordnungs vom 13. November 1925 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 323)“.
- Nach § 14a wird eingefügt:
„§ 14b.
Die Gebäudebesondersteuer gilt als öffentliche Last im Sinne des § 10 Absatz 1 Ziffer 8 und 7 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897.“

Artikel II.

Von den Vorschriften des Artikels I treten in Kraft: mit Wirkung vom 1. Mai 1927 die Ziffern 1 und 3, mit Wirkung vom 1. Juli 1924 die Ziffer 4, am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes die Ziffern 2 und 5.

Artikel III.

Die zum Vollzug erforderlichen Bestimmungen erläßt das Finanzministerium im Benehmen mit dem Ministerium des Innern.

Bekanntmachung

Apotheker in Königshofen.

Dem Apotheker Oskar Lautemann in Mannheim wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Königshofen, Amt Tauberbischofsheim, verliehen.
Karlsruhe, den 21. Juni 1927.

Der Minister des Innern
J. V.: Föhrenbach

Betrieb eines Totalisators durch den Rennverein Schwarzwald.

Dem Rennverein Schwarzwald in Schwarzwald ist die Erlaubnis zum Betriebe eines Totalisators bei dem am Sonntag, den 3. Juli 1927, in Schwarzwald stattfindenden Pferderennen erteilt worden.
Karlsruhe, den 24. Juni 1927.

Der Minister des Innern
J. V.: Föhrenbach

Dem württbg. Kunstverein in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 23. Juni 1927.

Der Minister des Innern
J. A.: Scheffelmeier

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Fortbildungsschulinspektoren Emma Boog in Bruchsal zur Oberlehrerin an der Mädchenfortbildungsschule Dörfelst.

